

# „Wir haben die Grenzen überschritten“

Online-Vortrag bei GLH: Vorsitzender des Landesnaturschutzverbands kritisierte zunehmenden Flächenverbrauch und Ökopunktesystem

Von Stefan Zeeh

**Hirschberg.** Im Zuge der geplanten Erweiterung des Hirschberger Gewerbegebiets kam wieder und wieder die Frage nach dem ökologischen Ausgleich auf. Dieser wird über sogenannte Biotopwertverfahren und dem damit verbundenen Ökopunktesystem geregelt. Um zu erfahren, wie dieses funktioniert, hatte die Grüne Liste Hirschberg (GLH) den Vorsitzenden des Landesnaturschutzverbands Baden-Württemberg, Gerhard Bronner, zu einem Online-Vortrag eingeladen. „Wir haben seit 1950 so viel Fläche in Anspruch genommen wie all die Jahre vorher“, verdeutlichte Bronner den 20 zugeschalteten Zuhörern sogleich die Notwendigkeit, der Natur ihren Raum zu lassen. Er stellte fest: „Wir haben die Grenzen dessen, was wir in Anspruch nehmen dürfen, überschritten.“

Dass Naturschutz wirke, belegten etwa die Rückkehr in Deutschland ausgestorbener beziehungsweise ausgerotteter Arten wie etwa Biber, Wanderfalken oder Graureiher. Je nach Art der genutzten Fläche gebe es unterschiedliche Kompensationen: So kommt etwa der „Forstrechtliche Ausgleich“ zum Tragen, wenn Waldfläche umgewandelt wird. Dann müssen Ersatzflächen für die Anpflanzung von Bäumen geschaffen werden, oder es kann eine „Waldaufwertung“ erfolgen, indem etwa aus einem reinen Fichtenwald ein Mischwald wird. Im Falle neuer Baugebiete werde der naturschutzrechtliche Ausgleich angewandt. Dieser sei allerdings nicht klar geregelt,



Dass Naturschutz wirke, belegten etwa die Rückkehr in Deutschland ausgestorbener beziehungsweise ausgerotteter Arten, sagte der Vorsitzende des Landesnaturschutzverbands, Gerhard Bronner. Foto: Dorn

so Bronner. Denn die Bilanzierung müsse zwar plausibel sein, nach welchem Verfahren sie erfolge, werde aber nicht festgelegt.

„Böden werden mit null bis 14 Ökopunkten pro Quadratmeter bewertet“, ging Bronner auf das Ökopunktesystem ein. Diese Punkte könnten etwa durch Entsiegelung oder Dachbegrünung ausgeglichen werden. Kritisch sei, dass viele Ausgleichsmaßnahmen zulasten der landwirtschaftlichen Flächen gingen. Dadurch würden Landwirte gleich doppelt belastet, da sie nicht nur die Fläche

für das jeweilige Baugebiet verlieren, sondern auch für die Kompensation.

Schwachstellen bei den Ökopunkten sah Bronner zahlreiche, wie etwa die „abenteuerliche Bewertung“ der Ansiedlung eines Kiebitzbrutpaares, die mit 200 000 Ökopunkten verrechnet werde. Auch reiche es nicht aus, ein paar Steinhäufen zu errichten, damit sich dort die Zauneidechse ansiedelt. Die müsse schon dorthin gebracht werden, und ob sie dort bleibt, sei ungewiss.

Als mangelhaft bezeichnete Bronner auch die Dokumentation und Überwa-

chung der Ausgleichsmaßnahmen. Dies könne sich jedoch mit einer im kommenden Jahr geplanten Gesetzesänderung verbessern.

Bei ihren Ausgleichsmaßnahmen sollten die Kommunen auch auf die Folgekosten achten, riet Bronner: So sei das Anlegen einer Streuobstwiese zwar recht günstig, doch müsse diese auch gepflegt werden. Insgesamt seien für ein Gewerbegebiet bis zu 195 000 Ökopunkte pro Hektar auszugleichen. Damit wären Kosten von bis zu 120 000 Euro pro Hektar aufzubringen. Das bestehende Gewerbegebiet und die darin nicht umgesetzten Vorgaben – etwa die Begrünung großer Gebäu-

deflächen – sprach GLH-Mitglied Darjusch Alizadeh an. „Was tun, damit diese doch noch realisiert werden?“, wollte er von Bronner wissen. „Das kann nur die Baurechtsbehörde durchsetzen“, erläuterte Bronner.

Arnulf Tröscher, der das Hirschberger Bürgerbegehren zur Erweiterung des Gewerbegebiets als Vertrauensperson unterstützt hatte, berichtete, dass er bei der Baurechtsbehörde diesbezüglich nachgefragt habe. Dort sei ihm mitgeteilt worden, dass das Kommunalrechtsamt zuständig sei.